

FTSE/MIB
16.710,86 -0,08% ↓

ATX
2.240,98 +1,59% ↑

DAX
6.908,18 -0,58% ↓

EURO-STOXX
2.541,00 +0,34% ↑

Apple plant Riesen-Solarfarm für Rechenzentrum

NEW YORK (dpa). Apple will sein neues US-Rechenzentrum mit einer riesigen Solarfarm mit Strom versorgen. Die Anlage mit einer Fläche von rund 57 Fußballfeldern soll pro Jahr 42 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen, wie aus einem aktuellen Umweltbericht von Apple hervorgeht.

FTSE 100
5.928,20 -0,29% ↓

Nasdaq 100
2.948,00 -0,12% ↓

Dow Jones
12.965,00 +0,12% ↑

Nikkei 225
9.463,00 -0,23% ↓



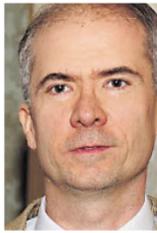
Wegen der Schuldenkrise wurden Griechenland Auflagen auferlegt, die aus Sicht der Experten Walter Steinmair und Peter Hilpold enorm sind. Allerdings hätte die Staatengemeinschaft keine andere Wahl gehabt.

apa/epa/Julian Stratenschulte

„Das ist ein schwieriger Spagat“

KRISE: Walter Steinmair und Peter Hilpold über die Lager Italiens, die Auflagen für Griechenland und die Herausforderungen für die EU

BOZEN. Die vergangenen Monate waren geprägt von Schuldenkrise, Sparpaketen und horrend hohen Renditen für die Staatspapiere des Krisenlandes Italien. Mittlerweile scheint das Vertrauen zurückzukehren, die Märkte erholen sich. Dennoch harren zahlreiche Wirtschaftsproblem – auf italienischer und internationaler Ebene – einer Lösung, wie die an der Universität Innsbruck lehrenden Experten, Walter Steinmair und Peter Hilpold, sagen.



„Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist historisch einzigartig. Die Vergangenheit liefert deshalb keine unmittelbaren Patentrezepte für die Lösung dieser Herausforderung.“

Peter Hilpold



„Die große Herausforderung wird nun darin liegen, zu einem gesunden Optimismus zurückzufinden, ohne gleichzeitig die haushaltspolitischen Hausaufgaben zu vernachlässigen.“

Walter Steinmair

„Dolomiten“: Die Regierung Monti scheint ihre erste Feuerprobe bestanden zu haben. Ein Grund für eine erste Entwarnung?

Walter Steinmair: Tatsächlich hat Ministerpräsident Mario Monti einmal mehr bewiesen, dass der ihm vorausseilende Ruf nicht unverdient war. Er war mit nahezu unlösbaren Aufgaben konfrontiert, ist diese aber sehr geschickt und großer Professionalität angegangen. Er hat praktisch eine große Koalition zusammengebracht und erreicht, dass Parteien, die über Jahre miteinander im Streit standen, wieder miteinander reden und sogar aktiv kooperieren. Die Märkte, die letzthin sehr kritisch gegenüber Italien eingestellt waren, haben dies bereits honoriert.

„D“: Die Wirtschaftskrise kann also überwunden werden?

Peter Hilpold: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist historisch einzigartig. Die Vergangenheit liefert deshalb keine unmittelbaren Patentrezepte für die Lösung dieser Herausforderung. **Besonders problematisch ist der Umstand, dass hier mehrere Krisensituationen miteinander verkettet sind, wobei sich die in Frage kommenden Lösungsansätze zum Teil widersprechen.**

„D“: Inwiefern?

Hilpold: Wir sind mit einer Haushaltskrise konfrontiert, mit einer Wirtschaftskrise und mit einer Finanzkrise, die sowohl nationaler als auch internationaler Natur ist. Dabei wäre einerseits Sparen angesagt, andererseits bräuchten wir Wachstumsimpulse, die wohl nur über Kredite finanziert werden können. Das ist ein sehr schwieriger Spagat.

„D“: Und in Griechenland wird vorexerziert, was im Extremfall auf ein Land zukommen kann?

Steinmair: Sehr richtig. Die For-

derungen, die gegenüber Griechenland, gegenüber der griechischen Bevölkerung erhoben werden, sind eigentlich unzumutbar. Die Europäische Union, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds diktieren Griechenland eine Rosskur, von der man gar nicht weiß, ob sie überhaupt wirkt. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten sind aber enorm. Gleichzeitig bleibt der internationalen Gemeinschaft aber keine andere Wahl. **Sie muss einerseits Griechenland unter die Arme greifen, andererseits muss sie vermeiden, den Eindruck zu erwecken, sie würde leichtfertig mit Steuergeldern umgehen** und eine verantwortungslose Haushaltspolitik auch noch fördern.

„D“: Müssen wir uns ernsthaft Sorgen um die europäische Währungsunion machen?

Hilpold: Die europäische Währungsunion ist in einer weltwirtschaftlichen Schönwetterlage gegründet worden. Sie beruht auf ambitionierten Wachstumserwartungen und sie war nicht auf einen Sturm gebaut, wie er durch die seit 2007 tobende Finanzkrise ausgelöst worden ist. Es wurden hochverschuldete Staaten in die Union aufgenommen in der Erwartung, dass die Schulden über Wachstum abgetragen werden könnten. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Nun ist der vorherige, äußerst leichtfertige Optimismus in extremen Pessimismus umgeschlagen.

Steinmair: Italiens Schuldenstand hat sich seit der Finanzkrise nicht wesentlich verändert. Was zuvor ohne weiteres als tragfähig erschien, ist es jetzt plötzlich nicht mehr. Wir haben uns in den letzten Jahren zwischen Extremen bewegt. Die große Herausforderung wird nun darin liegen, zu einem gesunden Optimismus zurückzufinden, ohne gleichzeitig die haushaltspolitischen Hausaufgaben zu vernachlässigen. Das wird nicht von heute auf morgen gelingen, aber ein erster Anfang ist gemacht.

„D“: Damit wären wir beim Thema Steuern. Wie beurteilen Sie die Steuerpolitik der Regierung Monti?

Hilpold: Die bisherigen steuerlichen Maßnahmen dienen überwiegend dazu, das Haushaltsdefizit zu reduzieren. Ein größerer Plan ist nicht zu erkennen. Auch in diesem Punkt ist ein grundsätzlicher Unterschied im Vergleich zur Vorgängerregierung zu sehen. Tremonti hat immer wieder äußerst innovative Reformpläne vorgelegt. Umgesetzt worden ist aber das wenigste. Die gegenwärtige Steuerpolitik ist hingegen weit nüchterner und pragmatischer. Wobei allerdings die traditionellen Probleme der italienischen Steuerpolitik bestehen bleiben.

„D“: Die da wären?

Steinmair: Es fehlt in vielen Bereichen an Kohärenz und System. Ein Beispiel ist die neue Immobiliensteuer IMU. **Mit dieser wurden zwar verschiedene Ungerechtigkeiten behoben, die die ICI aufgewiesen hat. Gleichzeitig ist aber eine erhöhte Besteuerung von Auslandsimmobilien bzw. von Auslandsvermögen eingeführt worden, die weder verfassungsrechtlich noch EU-rechtlich Bestand haben kann.** Dasselbe gilt für die Nachbesteuerung der Vermögenswerte, die in der Vergangenheit unter den steuerlichen Schutzschild, den „scudo fiscale“, gebracht worden sind. Die Banken wurden bis zuletzt im Unklaren gelassen, wie diese Regelung anzuwenden ist. Wir haben hier eine rückwirkende Besteuerung und zudem sehr bedenkliche Maßnahmen, was die Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit in der EU belangt. Hier ist das letzte Wort sicherlich noch lange nicht gesprochen.

„D“: Südtirol bereitet sich indes auf eine erweiterte Finanzautonomie vor...

Hilpold: Tatsächlich scheint viel in diese Richtung zu deuten. Und es spricht viel dafür, dass damit eine größere Steuererechtigkeit erzielt werden könn-

te. In erster Linie aber könnte damit ein Steuersystem geschaffen werden, das besser den

Besonderheiten unseres Landes Rechnung trägt. Die Wirtschaftsstruktur Südtirol unter-

scheidet sich in vielem von jener des restlichen Staatsgebietes. Zudem ist Südtirol als Grenzland mit sehr engen wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarländern darauf angewiesen, dass die Grundfreiheiten keine Einschränkungen durch steuerpolitische Maßnahmen erfahren. **Auf der Grundlage erweiterter Landeskompetenzen etwa im Rahmen einer Vollautonomie könnte ein Steuersystem geschaffen werden, das den Bedürfnissen Südtirols besser Rechnung trägt.**

aveo[®]
tours
'12

NEU

Direktflug Bozen - Olbia

Wir bringen Sie sicher mit Austrian Airlines in Ihren Sommerurlaub!